

Axel Vogel

Rede zur 3. Lesung des Haushaltsplans 2012, 16.12.2011

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Gäste!

Für viele BetrachterInnen sind Haushaltsdebatten der Inbegriff des Parteienstreits, ein scheinbar leeres Ritual, dessen Ende angesichts der vorgegebenen Mehrheitsverhältnisse von Anfang an klar ist.

Vordergründig wird darum gestritten, wofür der Staat im einzelnen das Geld der SteuerzahlerInnen ausgeben soll und natürlich lohnt der Streit, ob Brandenburg sich jetzt noch einen Satz Staatsamateure im Polizeidienst zulegen will oder ob die Mittel für neue SchulpsychologInnen eingesetzt werden sollen. Brauchen wir noch ein Polizeiorchester, wenn über 1000 Stellen im Polizeidienst gestrichen werden sollen? Brauchen wir noch ein Landesgestüt, das 2,1 Mio Euro Zuschuss pro Jahr erfordert? Dieser Streit ums Detail ist notwendig. Viel wichtiger aber ist die Auseinandersetzung darüber, in welche Richtung sich unser Gemeinwesen entwickeln soll und von welcher Basis aus die PolitikerInnen argumentieren. Immer schwingt die Frage mit, was für die einzelnen Parteien und deren Abgeordnete das Fundament des politischen Handelns ist. Wenigstens einmal im Jahr geht es darum zu prüfen, ob das eigenen Fundament noch trägt und wie das eigene Ideengut die Debatte befruchtet hat.

Gut daher, wenn die eigene Politik auf einer festen Basis beruht. Für uns Grüne ist Nachhaltigkeit das Fundament unserer Politik. Global denken, lokal handeln, ein nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen, das Ziel auch kommenden Generationen einen bewohnbaren Planeten Erde zu übergeben, sind die Ellen an der wir die

Landesregierung messen. Und da unser Ministerpräsident es seit Beginn dieser Legislaturperiode nicht mehr geschafft hat, wenigstens einmal im Jahr eine Regierungserklärung zur Lage des Landes zu geben, muss die Haushaltsdebatte ein Stück weit die Funktion einer Generaldebatte übernehmen.

Lassen Sie mich daher erst einmal grundsätzlich werden.

Wie all die letzten Jahre auch, war gegen Ende September, genau gesagt am 27. September, auch dieses Jahr wieder einmal Earth-Overshot-Day: der Tag an dem die Menschheit im Laufe eines Kalenderjahres alle natürlichen Ressourcen verbraucht hatte, die ihr der Planet Erde im Laufe eines Jahres zur Verfügung stellt. Mehr Nahrungsmittel als wir aus Feldern und Wiesen, Meeren und Binnengewässer nachhaltig erwirtschaften können. Mehr Holz verbraucht hat als weltweit nachwächst und mehr CO<sub>2</sub> emittierte als die natürlichen Senken, die Ozeane und Wälder jährlich binden können. Unsere globalisierte Weltwirtschaft und das weltweit vorherrschende auf stetes Wachstum aufbauende Konsummodell ist unverändert dabei unseren Planeten zu Grunde zu richten.

Eine Erkenntnis, die nicht neu ist und insbesondere für die SPD auch nicht neu sein sollte; zumal deren heutiger Landesvorsitzender und Ministerpräsident ja auch einmal ein kurzes Intermezzo im Nachhaltigkeitsbeirat der Bundesregierung gegeben hat. Aber wie der ehemals grüne Bürgerrechtsanwalt Otto Schily in der SPD zum Law and Order-Sheriff mutierte, hat unser Ministerpräsident beim Umtopfen in das jetzige Amt seine umweltpolitischen Wurzeln verloren.

Aber nicht immer muss das Amt den Menschen umformen, und deshalb greife ich jetzt nicht auf grüne Ahnfrauen zurück, sondern zitiere Willy Brandt, der vermutlich zu seinem eigenen Bedauern die nächsten 15 Jahre als Namensgeber des Flughafens BER erhalten darf:

„Mehr und mehr wird man sich der Begrenzungen unseres Weltkreises bewußt. Wir dürfen seine Vorräte – es sei denn, wir wollten uns zum langsamen Selbstmord verurteilen – nicht

hemmungslos erschöpfen. Wir dürfen seine biologischen Zyklen nicht weiter vergiften lassen. (...)." So Willy Brandt als damaliger Bundeskanzler am 25. September 1973 in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung anlässlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die UNO.

*Der selbe Willy Brandt, unter dessen Leitung 1980 die von der UNO eingesetzte Nord-Süd-Kommission den damals „Brandt-Report“ genannten Nord-Süd-Bericht zum Überleben der Menschheit (A Programme for Survival) vorlegte. Ich zitiere aus einer Zusammenfassung von Ulrich Grober: „Angesichts der Verschwendung von Rohstoffen, ohne Rücksicht darauf, ob sie nachwachsen“, fordert er (der Brandt-Report) „alternative Lösungen und einen geregelten Übergang von einer Weltwirtschaft, die auf Öl basiert, zu einer, die durch erneuerbare Energiequellen getragen wird.“*

1980 wurde dann erstmals in einem offiziellen UNO-Dokument von „Sustainable Development“, zu deutsch „nachhaltiger Entwicklung“, gesprochen. 1987 folgte dann der sogenannte Brundtland-Bericht (der „World-Commission on Environment and Development“), der den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung wie folgt definiert: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen deckt, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken“.

### Nachhaltige Haushaltspolitik

Diese Definition der Nachhaltigkeit ist universell verallgemeinerbar und auch und gerade in der Haushaltspolitik anzuwenden. So wie nachhaltige Wirtschaft und Konsum bedeutet den nachfolgenden Generationen den Raum für ein menschenwürdiges Leben zu lassen, so bedeutet nachhaltige Haushaltspolitik „den kommenden Generationen einen finanzpolitischen und damit zugleich einen sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben“. Deshalb ist es erforderlich, dass Brandenburg wie alle anderen ostdeutschen Bundesländer auf Neuverschuldung verzichtet und gleichzeitig die Bereiche Bildung und Wissenschaft stärkt. Hierzu haben wir Bündnisgrüne Vorschläge für Einnahmeerhöhungen und Kürzungen in Höhe von 270 Millionen Euro zur Absenkung der

ursprünglich geplanten Nettokreditaufnahme auf Null und Vorschläge für Umschichtungen in Höhe von 50 Millionen Euro zugunsten von Schulen, Hochschulen und Umweltschutz eingebracht. Anträge, die samt und sonders abgelehnt wurden.

#### Rahmenbedingungen: Einnahmen

Wie von mir in den Haushaltsberatungen bereits mehrfach ausgeführt, befindet sich Brandenburg momentan finanzpolitisch noch auf einer Insel der Glückseligen. Verglichen mit Schleswig-Holstein - einem nach Einwohnerzahl und Größe vergleichbaren Bundesland - verfügt der Brandenburger Landeshaushalt mit 10 Milliarden Euro Gesamtvolumen über 2 Mrd Euro mehr; bei Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme sogar über 2,7 Mrd mehr Haushaltsmittel. Und dabei hat Schleswig-Holstein viel höhere Wirtschaftskraft und Steueraufkommen. Brandenburg ist unverändert Nutznießer der Solidarpaktmittel des Bundes (SoBEZ) in Höhe von über 1 Mrd Euro und der aktuellen Berechnungsverfahren des Länderfinanzausgleichs, der mit rund 450 Mio Euro zu Buche schlägt. Nicht zu vergessen übrigens das besondere Umsatzsteuerberechnungsverfahren für die ostdeutschen Bundesländer, das uns noch einmal fast eine Milliarde Euro zusätzlich beschert. Und last but not least nicht zu vergessen sind die historisch niedrigen Zinssätze, die dazu geführt haben, dass wir gegenüber 2008 (trotz einem um knapp 4 Prozent gestiegenen Schuldenstand) heute rund 20 Prozent weniger Zinsen bezahlen müssen.

Und diese gute Einnahmesituation ist auch bei den Kommunen angekommen: so legt der Landeskreis Uckermark für 2012 erstmals seit seiner Gründung einen ausgeglichenen Haushalt vor. Wir erkennen dabei durchaus an, dass die Landesregierung sich nicht wie in anderen Ländern im Wesentlichen auf Kosten der Kommunen in Brandenburg saniert. Und wir halten es nicht für Landesverrat, wenn eine Sachverständige aus der Enquetekommission zur zukünftigen Verwaltungsstruktur herausarbeitet, dass die Brandenburger Kommunen im Bundesvergleich finanziell gut dastehen. Dennoch bleiben hier Kritikpunkte bestehen, wie beispielsweise die fehlende Weiterreichung der dynamisierten Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr an die Kommunen.

Rahmenbedingungen: Weltwirtschaft

Wenn wir über die heutigen Rahmenbedingungen für unser Land reden, dann müssen wir natürlich nicht nur über die Eingrenzung des Klimawandels und der Verluste der Biologischen Vielfalt reden. Wir reden natürlich auch über die Ausläufer der weltweiten Finanz- und europäischen Währungskrise, die bis nach Brandenburg reichen.

Gerade nach dem Währungs-Gipfel von Brüssel ist es erforderlich, sich einige Grundtatsachen in Erinnerung zu rufen. Haushaltsdisziplin und Sparen, kurz Solidität, können nur die eine Seite der jetzt erforderlichen Krisenpolitik sein. Genauso wichtig ist es Spekulanten und Banken - in letzter Zeit leider zu häufig als Synonym zu verwenden - an die kurze Leine zu nehmen, das Euro-Kasino zu schließen. Was nämlich in den letzten Monaten in Vergessenheit geraten ist:

Irland und Spanien galten noch im Jahr 2007 als Staaten mit mustergültigen öffentlichen Finanzen. Ihre Haushalte wiesen einen Überschuss auf und die Schuldenstandquote lag mit 29 bzw. 42 Prozent weit unter der 60 Prozent-Grenze des Vertrags von Maastricht. Das Problem lag hier in einer ungezügelter Kreditvergabe, die zu einer gigantischen Immobilienblase führte. Nach deren Platzen mussten diese Staaten nicht nur die Banken stabilisieren, sondern zugleich umfangreiche öffentliche Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen einsetzen.

Und machen wir uns nichts vor: Die teilweise gescheiterte Versteigerung von Bundesanleihen vor einem Monat ist ein ernstes Warnsignal. Ein Warnsignal, das uns deutlich macht, dass Kredite nicht vom Himmel fallen. Wer Schulden machen will, muss auch jemanden haben, der ihm Geld leiht. Und wenn alle Welt aus dem Euro flieht, dann sind auch für uns bald höhere Zinsen fällig. Es ist ja ein großer Irrtum anzunehmen, dass nur die Neuverschuldung zählt, entscheidend für die Zinsbelastung ist der Umtausch auslaufender Wertpapiere in neue Staatsanleihen. So muss Brandenburg jährlich für mindestens 2-3Mrd Euro neue AnlegerInnen finden und konkurriert dabei auch mit Emittenten aus anderen

Währungsräumen. (So hat allein die japanische Großbank Nomura laut FAZ vom 30.11.2011 innerhalb zweier Monate Euro-Anlagen in Höhe von unvorstellbaren 2.350 Milliarden Euro abgestoßen.)

Wenn wir den Euro gerade auch im Interesse Deutschlands retten wollen, dann müssen wir neben Solidität der Budgetpolitik der einzelnen Staaten, neben Schuldenbremse und Einschränkungen der Souveranität im Haushaltsbereich auch die Solidarität der Europäischen Staatengemeinschaft stellen. „Einer für alle, alle für einen“ war nicht nur der Spruch der Drei Musketiere sondern ist bis heute das Motto der Genossenschaftsbanken. Und entsprechend wird Deutschland und wird auch Brandenburg nicht dauerhaft seine niedrigen Zinsen auf Kosten der anderen Euro-Länder aufrecht erhalten können. Um hier ein Zeichen zu setzen, hat unsere Fraktion unseren ursprünglichen Antrag, der eine Anpassung und Reduzierung des Ausgabentitels für Zinsausgaben an das aktuellen Zinsniveau vorsah, nicht mehr aufrecht erhalten.

#### Rahmenbedingungen: Demographische Entwicklung und Transferökonomie

Wenn wir über Rahmenbedingungen nachhaltiger Haushaltspolitik in Brandenburg reden, reden wir über Schrumpfs- und Alterungsprozesse in unserer Bevölkerung (kurz: den demographischen Wandel) und wir reden über harte wirtschaftliche Kennzahlen.

So müssen wir zum Beispiel darüber reden, dass ganz Ostdeutschland eine Transferökonomie darstellt, dass wir seit nunmehr 20 Jahren am Tropf der westdeutschen Bundesländer hängen. Indikator hierfür ist, dass seit der Wiedervereinigung die Inlandsnachfrage Brandenburgs die eigene Wirtschaftsleistung übersteigt. Das Ifo-Institut rechnet für ganz Ostdeutschland mit rund 80 Mrd Euro Transferleistungen pro Jahr, die diese Differenz bislang ausgleichen. Das wird aber nicht so bleiben. Neben den Solidarpaktmitteln fließen Transferleistungen im wesentlichen über die Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung) von West nach Ost – aufgrund vielfach gebrochener Erwerbsbiographien nach 1990 werden in den nächsten Jahren insbesondere die

Rentenzahlungen sinken.

Wir reden zum Beispiel darüber, dass die Brandenburger Wirtschaftsleistung je EinwohnerIn in den letzten 15 Jahren nur von 68 Prozent auf 73 Prozent des Westniveaus gestiegen ist liegt , wir reden darüber, dass das Bruttoeinkommen der Brandenburger ArbeitnehmerInnen seit Jahren um rund ein Fünftel unter dem Westniveau verharrt.

Weniger und dazu ältere Menschen, sinkende Transferzahlungen verbunden mit zunehmender Altersarmut, dazu tendenziell sinkende Staatseinnahmen und die grundgesetzliche Schuldenbremse führen absehbar zu einem Sinken der Binnennachfrage. Ein forciertes Wirtschaftswachstum um mit Baden-Württemberg gleich zu ziehen, wird es nicht geben. So rät denn Prof. Ragnitz vom IFO-Institut wohl völlig zu recht dazu, sich zukünftig die Ziele ein wenig niedriger zu hängen. Dann ist eben nicht Bietigheim-Bissingen die Vergleichsregion für die Uckermark sondern die Hocheifel, und dann haben Barnim und Teltow-Fläming vielleicht auch schon das vergleichbare Durchschnittsniveau erreicht. Dann muss man auch keine Wachstumsziele propagieren, für deren Erreichung der Regierung zudem auch noch die Instrumente fehlen. Denn auch dies ist ein Ergebnis einer neuen Studie des Ifo-Instituts: Egal welche Wirtschaftspolitik in den einzelnen ostdeutschen Bundesländern betrieben wurde, signifikante Unterschiede bei der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen oder je EinwohnerIn sind nicht zu erkennen. Die große Politik, die großen Entwicklungslinien, egal ob Konjunkturzyklen oder Regelungen des Bundes wie das EEG, geben den Leitton an, die Länder können nur ein wenig Koloratur singen.

#### Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Haushalts- UND Wirtschaftspolitik

Daher macht es auch Sinn sich von der traditionellen Wachstumspolitik vollständig zu verabschieden und die Wirtschaftsförderung vollständig auf eine nachhaltige Entwicklung durch Innovationen um zu orientieren. Dann haben auch die als Förderung der Nahrungsmittelindustrie deklarierte Subventionen an Zigarettenfabriken keine Zukunft mehr. Das Fundament aus Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit ist ja bekannt:

Ressourcenschonung, umweltverträgliche Produktionsverfahren, gelebte Solidarität hierzulande wie international; zur Nachhaltigkeit gehört aber eben auch ein ökonomischer Umgang mit Haushaltsmitteln, d.h. dauerhafte Zuschussgeschäfte kann es nicht geben.

Mit einem solchen Nachhaltigkeitsansatz überwinden wir eindimensionale Ansätze, die nur die Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen, unabhängig von den sozialen und ökologischen Kosten.

### Beispiele, warum klassische Kostenrechnung zu kurz greift

In einer Studie hatte das Umweltbundesamt 2007 errechnet, dass die Kohleverstromung externe Kosten von 6 – 9 c/kWh produziert, die Europäische Energieagentur hat vor einem Monat die von der Allgemeinheit zu tragenden Folgekosten der Luftverschmutzung des Braunkohlekraftwerk Jänschwalde mit jährlich 1,2 Mrd Euro, der von Schwarze Pumpe auf 495 Millionen Euro beziffert.

„Die Umweltkosten werden von der Energiewirtschaft zum großen Teil auf die Allgemeinheit abgewälzt. Dies birgt die Gefahr volkswirtschaftlicher Fehlentwicklungen und bedeutet für die von Umweltschäden Betroffenen einen verdeckten kollektiven Enteignungsprozeß. Energie muß deshalb teurer werden.“, so das Ergebnis einer Prognosstudie von 1992, die vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Möllemann vorgestellt wurde. Die Erkenntnisse sind also nicht neu, nur unsere Regierung will uns noch die Mär vom billigen Braunkohlestrom weismachen.

Seit Jahrzehnten kämpft die Umweltökonomie (unter dem Begriff „Internalisierung externer Kosten“) darum, solche Kosten nicht mehr auf die Allgemeinheit abwälzen zu lassen, sondern den Produkten und Produzenten unmittelbar anzulasten. So wurde im Wasserbereich eine ganze Palette von Abgabelösungen (WNE, Abwasserabgabe) entwickelt. Pech nur, wenn die Regierung sich scheut, den größten Wasserverbraucher des Landes, die Braunkohletagebaue in voller Höhe für seine Grundwasserentnahmen heranzuziehen. Die Weigerung von Rot-Rot,



Vattenfall für die Sumpfungswässer in voller Höhe beim WNE zur Kasse zu bitten ist unverändert ein Skandal reinsten Wassers. Es bleibt nur zu hoffen, dass die EU über die Vorschriften zur Inwertsetzung von sogenannten *Wasserdienstleistungen in der Wasserrahmenrichtlinie* die gerechte Kostenbelastung erzwingt.

Die verfehlte Braunkohlevorrangpolitik unserer Landesregierung hat aber nicht nur ökologische und haushaltspolitisch negative Auswirkungen, sie zementiert auch ein Verbleiben der Brandenburger Energiewirtschaft in überholten Strukturen und wirkt damit als Modernisierungsbremse. Wer immer nur die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten will, kann die Chancen neuer Technologien und innovativer Unternehmen nicht nutzen.

Und um an dieser Stelle mal gleich mit ein paar Märchen aufzuräumen:

Wir Grünen stellen nicht in Frage, dass in der Lausitz in den nächsten 20 Jahre absehbar noch Braunkohle verstromt werden wird; wir wehren uns aber dagegen, dass unsere Regierung diese umweltschädliche Form der Energieerzeugung noch weit über das Jahr 2030 hinaus absichern will und darüber eine Umbaustrategie für die Lausitz vernachlässigt.

Wir Grünen wenden uns auch nicht apodiktisch gegen einen Hauptstadtflughafen in Schönefeld, so wie er als Single-Airport ursprünglich propagiert wurde. Wir wehren uns aber entschieden gegen einen überkandidelten Prestigeflughafen, der auf einer unzeitgemäßen Wachstumsstrategie fußt (angepeilt ist eine Verdoppelung der Fluggastzahlen von 20 Millionen auf über 40 Millionen innerhalb von 15 Jahren); eine Wachstumsstrategie die ohne Rücksicht auf dessen Lage im dicht besiedelten Berliner Umland durchgesetzt werden soll. Wir wehren uns dagegen, dass unsere Landesregierung konsequent alle Maßnahmen zur Begrenzung des Flugverkehrs bekämpft, egal ob auf Bundesebene die Flugticketabgabe oder im Land ein konsequentes Nachtflugverbot. Und wir wehren uns dagegen, dass dieses größte Infrastrukturprojekt des Landes Brandenburg, für das wir mit rund 1 Milliarde Euro haften, mit weniger öffentlichem Controlling errichtet wird als der Erweiterungsbau eines Handwerksbetriebes. Auch das ist haushaltsrelevant, und ich empfehle allen die Lektüre des

neuen Landesrechnungshofsberichtes Seite 225 ff

Bei allen Verdikten gegen solche Fehlentwicklungen will ich das Positive nicht übersehen:  
Hierzu zählt:

Das Land und seine Kommunen sind mit ihrer Nachfragemacht von über 2 Mrd Euro im Jahr im Wirtschaftsleben eine gewaltige Größe. Deshalb haben wir die Festlegung eines Mindestlohnes im Vergabegesetz ausdrücklich unterstützt, fordern aber unverändert, dass weitere Sozial- und Umweltkriterien bei Vergabeentscheidungen verbindlich zu beachten sind.

Hier kritisieren wir die andere Seite des politischen Spektrums, die sich gegen einen Existenz sichernden Mindestlohn wehrt und lieber auf Hartz IV-Aufstockung setzt. So werden Menschen in Beschäftigungsverhältnissen ohne Zukunft gehalten, statt sie in Zeiten des heraufziehenden Fachkräftemangels fit für die Zukunft zu machen.

Bildung ist ein weiterer Schlüsselbegriff für nachhaltige Entwicklung.

Die Beratung des Bildungsetats wurde von der Diskussion über die Kürzungen bei den Freien Schulen beherrscht und das Thema wird die Landespolitik auch das gesamte nächste Jahr beschäftigen. Die Existenz der Freien Schulen ist in Artikel 7 GG verfassungsrechtlich garantiert, und es gibt erhebliche Zweifel daran, dass die massiven Kürzungen im zweistelligen Prozentbereich verfassungsrechtlich zulässig sind. Allein schon diese ernsthaften Zweifel bedingen, dass das Haushaltsbegleitgesetz 2012 auf seine Verfassungskonformität überprüft wird. Im Gegensatz zu der von VertreterInnen der Regierungskoalition gerne ins Feld geführten Darstellung der Freien Schulen als elitäre Privatschulen betuchter Familien halten Brandenburgs Freie Schulen das Sonderungsverbot der Verfassung strikt ein. Ein Beispiel möge hier für alle stehen. Ich lese aus einem gestern bei uns eingegangenen Schreiben vor:

„Betreff: WG: Nomierung "Deutscher Schulpreis"

Lieber ....

*eben erhalten wir die Info, dass die Evangelische Schule Neuruppin zu den 20. besten Schulen der Republik (als einzige aus Brandenburg) gehört und für den Deutschen Schulpreis nominiert wurde. 70% der Schülerinnen und Schülern der Schule zahlen ein Schulgeld in den untersten Einkommenskategorien oder sind vom Schulgeld befreit. Nach den Kürzungen belaufen sich die staatlichen Zuschüsse nur noch auf 50%.*

*Herzliche Grüße*

*Iris Stegmann*

*Schulstiftung der Evangelischen Kirche*

*Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz"*

Vielleicht ist es schon vergessen, den mit 25.000 Euro dotierten Schulpreis 2010 hat die „Templiner Waldhofschule – Eine Schule für alle, Integrative Grundschule“ - ebenfalls eine Freie Schule - gewonnen.

So erfreulich diese Preise sind, wird aber hoffentlich niemand davon ausgehen, dass die Brandenburger Freien Schulen die Kürzungen in Zukunft über Preisgelder finanzieren sollen. Dazu gibt es einfach zu wenig Wettbewerbe. Als Resümee kann ich hier nur Marie Luise von Halems Analyse aus der Debatte am Mittwoch zustimmen:

„Nach diesen Monaten der Debatte um die freien Schulen bleiben große Fragezeichen. Das Einsparargument ist in meinen Augen verpufft, oder zumindest in der Größenordnung irrelevant. Was bleibt, ist eine kaum wieder gutzumachender Affront gegenüber Zigtausenden engagierten BürgerInnen, Ärger bei den großen Kirchen, Verunsicherung bei den Kommunen. Warum, meine Damen und Herren von der Regierung, tun Sie sich das eigentlich an?.

Und traurig muss es einem bei dieser alles überlagernden Debatte werden, da bei den Freien Schulen nicht die größten Baustellen im Bildungswesen zu finden sind. Wir müssen uns eher

um die Kinder kümmern, deren Eltern nicht für die Schulsituation ihrer Kinder auf die Straße gehen. Das sind die Bildungsverlierer, denen unsere größte Sorge gelten muss. Hier werden Kinder ihrer Zukunftschancen beraubt und volkswirtschaftliches Potential verschleudert.“.

Das ist nämlich, das eigentliche Problem dieser Diskussion, dass dadurch die Bildungspolitik an staatlichen Schulen aus dem Blick geraten ist. Alle Defizite im staatlichen Bildungs- und Wissenschaftssystem Brandenburgs bestehen fort: Bei uns verlässt von zehn Jugendlichen einer die Schule ohne Abschluss. In Ländervergleichen (PISA) steht Brandenburg kontinuierlich auf den letzten Plätzen. Beim Kita-Betreuungsschlüssel sind wir im Ländervergleich unverändert auf Platz 16 . Letzter Platz in der Betreuungsrelation Studierende/ProfessorInnen. Letzter Platz bei den pro Kopf-Ausgaben für die Hochschulen. Unterrichtsausfall, Qualitätsprobleme, überalterte Lehrerschaft, zu wenig SchulpsychologInnen, fehlende Fortbildungsbereitschaft und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler – all diese Themen sind von der Tagesordnung gerutscht.

Wir Grüne sehen auch, dass mehr Geld für den Bildungssektor nicht die Lösung aller Probleme ist, aber wir sehen recht klar, dass wir ohne höhere Mittel für den Bildungssektor die rote Laterne nicht los werden. Das das möglich ist haben wir mit unseren Anträgen bewiesen, wo wir für jede Mehrausgabe auch einen Deckungsvorschlag an anderer Stelle unterbreitet haben.

Lassen sie mich aus der Fülle der haushaltspolitisch relevanten Themen noch einen Bereich herausgreifen.

#### *Umgang mit Personal im öffentlichen Dienst:*

*Bestandteil der Haushaltsvorlage ist auch die Personalbedarfsplanung 2015, wobei der Begriff Bedarfsplanung grob irreführend ist. Es geht schwerpunktmäßig um die Planung des Wegfalls freiwerdender Stellen und weniger um die Absicherung des zukünftig erforderlichen Personalbedarfs.*

*Unbestritten ist für uns Grüne, dass die Stellenzahl im öffentlichen Dienst des Landes reduziert werden muss. Wie erkennen an, dass die Landesverwaltung bei einem Rückgang von 110.000 Beschäftigten im Jahre 1990 über 66.000 MitarbeiterInnen im Jahr 2000 auf heute rund 49.000 Beschäftigte einen beispiellosen Aderlass hingenommen hat.*

*Damit verbunden wurden in zentralen Bereichen über viele Jahre keine Neueinstellungen mehr vorgenommen. Das Problem der Lehrkräfte ist bekannt: Wer hierzulande LehrerIn werden wollte, musste jahrelang sein Arbeitsleben an Freien Schulen starten oder das Bundesland wechseln. Viele Lehrkräfte werden Fach fremd eingesetzt; wie in der Enquete-Kommission Aufarbeitung berichtet wurde, haben wir zwar eine exzellente Ausbildung von GeschichtslehrerInnen an der Potsdamer Uni, nur wurde leider noch nie einer eingestellt.*

*Weniger bekannt ist, dass dies für große Bereiche der Landesbehörden genauso gilt. Die Zahl der Genehmiger und Immissionsschützer im Umweltbereich sinkt beharrlich, die Veterinäraufsicht ist bald nicht mehr existent usw.. Fast jedeR MitarbeiterIn der Landesverwaltung hat in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld erleben dürfen, dass ausscheidende MitarbeiterInnen nicht ersetzt und allen anders lautenden Versprechungen zum Trotz die Arbeit nur auf immer weniger Schultern verteilt wurde. Vor der entscheidenden Aussage, wo denn nun Arbeit wegfallen soll, drücken sich alle. In einem solchen Umfeld werden Modernisierungsvorhaben in erster Linie als Drohung empfunden.*

*Kein Wunder, dass inzwischen nicht nur die PolizistInnen mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden sind. Oder mit den Worten der GdP: „Was aber gänzlich in diesem so genannten Modernisierungskonzept fehlt, ist die soziale Komponente - der Mensch. Man spricht von einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst, ohne zu sagen, wie man Leistung honorieren und die Beschäftigten in diesen Prozess mitnehmen will“.*

*Auch wenn ich die abgeleiteten Forderungen der GdP nach einem neuen Altersteilzeit- und Vorruhestandsmodell nicht teilen will hat die Klage dennoch ihre Berechtigung.*

Wir Grüne haben keine Probleme damit, wenn die Regierung mutige Modernisierungsvorhaben ins Gespräch bringt. Selbstverständlich muss es einen Rationalisierungsgewinn durch elektronische Finanzverwaltungsverfahren geben, können Behörden fusioniert oder getrennt werden, können Verwaltungsstrukturen gestrafft oder an die Kommunen gegeben oder von den Kommunen wieder auf die Landesebene gehoben werden. Das Problem beginnt dort, wo alle Betroffenen das Gefühl haben mit ihrem Wissen überhaupt nicht mehr gefragt zu werden. So gibt es eine Menge kluger Vorschläge der Deutschen Steuergewerkschaft, wie mit einem Neuzuschnitt von Verwaltungsstrukturen in Zukunft die Akten wandern und nicht mehr die Menschen.

Und das Problem setzt sich fort, wenn die Landtagsabgeordneten, zumal diejenigen, die in einer eigens für die Verwaltungsreform geschaffenen Enquete-Kommission sitzen, aus der Zeitung entnehmen müssen, welche Vorhaben in einem klandestinen Zirkel erarbeitet und jetzt überfallartig in den Ministerien durchgesetzt werden sollen. Warum verzichtet diese Regierung darauf, ihre UnterstützerInnen mitzunehmen und schafft sich unnötige Gegnerschaft. Auch das verstehe, wer will.

Die Regierung erweckt zunehmend den Eindruck, dass sie sich einmauert und sich mit dem Verweis auf gute Umfrageergebnisse gegen Kritik immunisiert.

Nicht nur die Eltern und LehrerInnen an den Freien Schulen wissen inzwischen, ein Lied davon zu singen. Die Wirtschaftsverbände fühlten sich im Gesetzgebungsverfahren zur Förderung der Kommunalwirtschaft vom Ministerpräsidenten düpiert, die Gewerkschaften durch die nicht kommunizierten Modernisierungsvorhaben überfahren, die Hochschulen protestierten wegen unzumutbarer Einsparauflagen, die den rot-roten Koalitionsvereinbarungen Hohn sprechen, die vom Flughafenlärm betroffenen EinwohnerInnen der Berliner Randgemeinden fühlen sich sowieso schon seit längerem verschaukelt. Kein Wunder, dass bei einer solchen Kommunikationsstrategie an allen Enden und Ecken Bürgerinitiativen aus dem Boden schießen und Volksinitiativen gestartet werden.

Ich denke so können Sie nicht ewig weitermachen, wenn Sie die unterschiedlichen Interessen in diesem Land zusammenführen wollen.

Ich komme zum Schluss.

Dieser Haushalt bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Schuldenpolitik wird fortgesetzt und findet allen düsteren Warnzeichen am europäischen Finanzfirmament kein Ende. Es scheint gerade so, als ob die Regierung auf Anweisung von oben wartet, endlich mit der Neuverschuldung Schluss zu machen. Möglich wäre es schon in diesem Haushalt gewesen.

Der Haushalt bleibt aber auch weit hinter den Notwendigkeiten zurück Mittel in den Bildungsbereich umzuschaukeln: Die Vorschläge lagen vor: Umschichtung aus der Straßenbauverwaltung in die Hochschulen, statt der konzeptionslosen Förderung kommunaler Zusammenschlüsse Förderung des Bildungssektors. Statt dem Aufbau weiterer Rücklagen Aufstockung der Lehrkräftereserve.

Alles abgelehnt. Das Bedauerliche ist nur, nicht Sie müssen die Konsequenzen tragen sondern unsere Kinder.

**So sollten Sie nicht weitermachen!**